

Entschließungsantrag **der Fraktion der SPD**

zur Großen Anfrage der Abgeordneten Frau Eid und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksachen 10/5130, 10/5878 —

Friedliche Lösung des Eritrea-Konflikts

Der Krieg in Eritrea hat unermessliches Leid über die Zivilbevölkerung gebracht. Mehr als eine viertel Million Zivilpersonen haben infolge der kriegerischen Auseinandersetzungen den Tod gefunden. Die Zahl der Flüchtlinge, die in den Nachbarstaaten Zuflucht suchen mußten, erreicht nahezu ein Fünftel der Gesamtbevölkerung.

Die kriegerischen Auseinandersetzungen haben die materielle Not in der durch die Dürrekatastrophe und die Heuschreckeplage betroffenen Region ins Unerträgliche gesteigert.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag befürwortet eine friedliche, politische Lösung des Eritrea-Konflikts. Zur Beendigung des durch Gewalt verursachten unsäglichen Leids, zur Überwindung von Hunger und Elend in dieser Region hält er die Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen für eine wichtige Voraussetzung.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich im Dialog mit allen Betroffenen unmißverständlich für eine gewaltfreie, politische Lösung des Eritrea-Konflikts einzusetzen;
- in Abstimmung mit ihren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft auf eine im Verhandlungswege zu erzielende Lösung in der Eritrea-Frage hinzuwirken, und zwar auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts und der Prinzipien der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU). Entsprechende internationale und regionale Initiativen sind zu unterstützen;
- zusammen mit der Europäischen Gemeinschaft auf die Großmächte einzuwirken, Äthiopien und die gesamte Region nicht

zu einem Ort der Konfrontation und Wiederaufrüstung zu machen, was der Lösung auch der anderen Konflikte am Horn von Afrika zugute käme;

- die äthiopische Regierung auf die Einhaltung der Menschenrechte hinzuweisen, insbesondere auch im Zusammenhang mit Umsiedlungsaktionen;
- die humanitäre Hilfe für die notleidende Bevölkerung zu verstärken. Dabei ist sicherzustellen, daß die Hilfsgüter die Betroffenen in Eritrea auch erreichen. Deshalb sollte sich die Bundesregierung aller – auch eritreischer – Hilfsorganisationen bedienen, die für eine wirksame Verteilung der Hilfsgüter geeignet sind;
- längerfristig wirkende Maßnahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Äthiopien zu ergreifen. Eine verstärkte Zusammenarbeit sollte sich insbesondere auf die Beseitigung der Ursachen für die Katastrophen und den Aufbau leistungsfähiger, landwirtschaftlicher Strukturen konzentrieren.

Bonn, den 9. Dezember 1986

Dr. Vogel und Fraktion